

SPD-Fraktion ○ Dhünnstr. 2b ○ 51373 Leverkusen

Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Dhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 – 311 985 202
Telefax 0214 – 311 985 200
fraktion@levspd.de
www.spd-leverkusen.de/fraktion

Leverkusen, 25. November 2024

jf/F.4-067

Antrag: Auflösung Taskforce – Rahmenbedingungen für die Haushaltskonsolidierung schaffen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen der zuständigen Gremien:

Der Beschluss zum Antrag 2024/2964 des Rates vom 26.08.2024 zur Einrichtung einer Task Force wird aufgehoben.

Die Verwaltung wird beauftragt ein tragfähiges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Folgende Leitlinien werden dafür als Grundlage festgelegt:

- **15-prozentige Einsparungen, investiv sowie konsumtiv, über alle Bereiche der jeweiligen Dezernate innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren. Die Beigeordneten werden mit der Umsetzung für ihr Dezernat beauftragt.**
- **Abbau von Doppelstrukturen**
- **Aufgabenkritik**
- **Erstellung eines Personalbedarf, - Raum- und Digitalisierungskonzeptes.**

Begründung:

Die SPD-Fraktion möchte mit diesem Antrag den Oberbürgermeister Uwe Richrath und den Kämmerer Michael Molitor ausdrücklich unterstützen. Wir wollen einen Rahmen schaffen, um von den kleinteiligen Diskussionen hin zu großen strukturellen Lösungsansätzen zu kommen. Wir wollen die Verwaltung entlasten und Raum für neue Wege schaffen.

Die Gründung der Task Force wurde von allen Beteiligten als Chance gesehen, die Haushaltskrise in unserer Stadt gemeinsam zu überwinden. Der bisherige Verlauf hat gezeigt, dass die eingerichtete Task Force zur Haushaltskonsolidierung nicht die erwarteten Ergebnisse liefert. Es konnten bislang lediglich Einsparungen in Höhe von ca. 6 Mio. Euro identifiziert werden. Ebenso müssen wir feststellen, dass die Task Force zu einem hohen Aufwand geführt hat. Die Beschäftigten der Verwaltung haben mit viel Engagement die Sparvorschläge zusammengestellt und diese für die Beratung in der Task Force aufbereitet.

Vielfach kritisiert wurde eine mangelnde Transparenz der Task Force. Dies liegt nicht an den handelnden Personen, sondern am Format. Auch aus diesem Grund gestaltet sich die Kommunikation der Beratungsstände in die Fraktionen schwierig.

Die Erfahrung der letzten Fachausschüsse hat jedoch gezeigt, dass die Beschlussvorschläge der Task Force teilweise keine politische Akzeptanz erfahren und somit auch keine politische Mehrheit. Die Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses und des Kulturausschusses haben darüber hinaus gezeigt, dass zunächst eine fachliche Diskussion zu den Einsparmaßnahmen erfolgen muss. Hierzu ist eine Priorisierung durch die Beigeordneten und die Fachdezernate zwingend notwendig.

Für politische Entscheidungen ist es grundsätzlich von Bedeutung, Maßnahmenpakete vergleichen und abwägen zu können. Dies ist in der aktuellen Arbeitsweise der Task Force nicht möglich, da die Dezernate getrennt voneinander betrachtet werden.

Dieser Vorschlag soll deutlich machen, dass wir konstruktiv an der Bewältigung der Haushaltskrise der Stadt Leverkusen mitwirken wollen. Jedoch sind wir überzeugt, dass dafür die Verfahrenswege angepasst werden müssen. Ziel ist eine transparente Haushaltspolitik. Die Verwaltung und insbesondere der Kämmerer sollen dabei ein tragfähiges Haushaltssicherungskonzept entwickeln, das frühzeitig den politischen Gremien vorgelegt wird, um dann eine fundierte Beratung in den Fraktionen zu ermöglichen.

Über die Task Force haben wir einen tiefen Einblick in die Verwaltungsstrukturen erhalten. Wir sind überzeugt, dass dieser Verfahrenswechsel zu einer Entlastung innerhalb der Verwaltung und Politik führt und somit ein besseres Ergebnis erzeugt wird.

Folgende wesentlichen Leitlinien sollen Grundlage für das Haushaltssicherungskonzept sein:

1. 15-prozentige Einsparung über alle Bereiche der jeweiligen Dezernate
 - Für die Erarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes wird ein Einsparvolumen von 15 Prozent, investiv sowie konsumtiv, über alle Bereiche eines jeden Dezernates festgelegt. Dieses Volumen ist innerhalb von fünf Jahren zu erreichen. Die Beigeordneten werden mit der Umsetzung für ihr Dezernat beauftragt. Die Erfahrung aus den Fachausschüssen hat deutlich gemacht, dass die fachliche Priorisierung vor der finanziellen Kürzung erfolgen muss.
2. Abbau von Doppelstrukturen
 - Doppelstrukturen innerhalb der Verwaltung sowie bei städtischen Tochterunternehmen sollen abgebaut werden, um die Arbeitsabläufe zu straffen und effizienter zu gestalten.
3. Aufgabenkritik
 - Alle Aufgaben der Verwaltung sind kritisch zu überprüfen und hinsichtlich ihrer erwarteten Leistungen neu zu bewerten.
4. Personalbedarf,- Raum- und Digitalisierungskonzeptes:
 - Die vorgenannten Punkte bedingen eine Auswirkung im Personalbedarf. Es ist daher notwendig die bestehenden Konzepte aufeinander abzustimmen und weiterzuentwickeln. Insbesondere eine Personalbedarfsberechnung soll das bestehende Personalkonzept ergänzen.
Die drei gesellschaftlichen Megatrends des demografischen Wandels, neuer Arbeitsmodelle (New Work) und der fortschreitenden Digitalisierung wirken hierbei zusammen, sodass die Verbindung von Personalbedarfs-, Raum- und Digitalisierungskonzept zwingend ist.

Die SPD-Fraktion lehnt eine rückwärtsgewandte Politik und Schuldzuwendungen ab, sondern möchte sich auf eine konstruktive und lösungsorientierte Finanzpolitik konzentrieren.

Mit freundlichen Grüßen



Milanie Kreuz
Fraktionsvorsitzende